

Sudan: Ausrichtung der Kräfte und Akteure

25. April 2023 | M.K. Bhadrakumar

Das Worst-Case-Szenario scheint im Sudan einzutreten. Das ist jedenfalls die apokalyptische Botschaft, die aus Khartum in den westlichen Medien verbreitet wird.

Präsident Biden untermauerte die alarmistische Wahrnehmung, indem er bestätigte, dass das US-Militär auf seinen Befehl hin eine Operation durchführte, „um Regierungsangehörige aus Khartum abzuziehen“.

Nach Angaben des US-Außenministeriums halten sich derzeit etwa 16.000 amerikanische Staatsangehörige im Sudan auf. Die US-Botschaft in Khartum verfügte über eine übermäßige Personalstärke – vergleichbar mit der Mission in Kiew –, die angesichts des Umfangs und der Bedeutung der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und dem Sudan nicht gerechtfertigt war, was zu Spekulationen führte, dass es sich um einen wichtigen Geheimdienst-Außenposten handelte.

Am Horn von Afrika sind die Golfstaaten traditionell tief in die Komplexität von Machtprojektion, politischer Rivalität und Konflikten am Roten Meer eingetaucht, das sich in letzter Zeit wieder zu einem geostrategischen Raum entwickelt hat, in dem konkurrierende globale und regionale Akteure versuchen, ihren Einfluss geltend zu machen.

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate auf der einen Seite und Katar und die Türkei auf der anderen Seite wetteiferten intensiv darum, den Einfluss des jeweils anderen zu kontern und ihre Rivalitäten auf die Politik am Horn von Afrika zu projizieren, doch nach Jahren des erbitterten Wettbewerbs gibt es in letzter Zeit Anzeichen dafür, dass sie begonnen haben, ihre jeweiligen Rollen vorsichtig neu zu gewichten.

Die Belastung ihrer finanziellen Ressourcen nach dem Kovid-Krieg, der Rückzug im Jemen und das Bestreben der Golfstaaten, als konstruktive und verlässliche Partner aufzutreten und in regionalen Fragen einen pragmatischeren Ansatz zu verfolgen – all dies hat dazu beigetragen, dass anstelle des intensiven innergolfischen Wettbewerbs am Horn von Afrika bemerkenswerte Zeichen der Entspannung zu erkennen sind.

Im Sudan führten die saudi-arabischen und emiratischen Bemühungen, den politischen Übergang nach dem Sturz von Omar al-Bashir im April 2019 zu gestalten, zu Teilerfolgen, aber auch zu erheblichen Schwierigkeiten, da sie unter der Beobachtung sowohl der sudanesischen Bevölkerung als auch der internationalen Gemeinschaft mit erheblichen Reputationsverlusten verbunden waren.

Die USA und die EU sahen in den Ländern des Golfkooperationsrates nützliche Partner am Horn von Afrika, da sie über überschüssiges Kapital für Investitionen verfügten, das den westlichen Mächten fehlte, und über gute persönliche Netzwerke. Der faustische Deal zwischen der Trump-Administration, Israel und den Golfstaaten, um die sudanesishe Militärführung 2020 in das Abraham-Abkommen zu locken, war ein entscheidender Moment.

Doch dieses Täuschungsmanöver erwies sich als kurzlebig und auch der Plan der westlichen Mächte, auf den Flügeln der Golfstaaten zu reiten, um dem wachsenden Einfluss Russlands und Chinas im Roten Meer entgegenzuwirken, fand ein jähes Ende, als sich der Boden unter den Füßen der amerikanisch-saudischen Allianz unter der Präsidentschaft Bidens dramatisch verschob und Riad begann, seine Beziehungen zu Moskau und Peking zu stärken.



Dies wiederum zwang die westlichen Mächte dazu, die Möglichkeit einer stärkeren Koordinierung und eines konstruktiven Engagements direkt mit den Generälen in Khartum auszuloten und dabei auf ihre eigenen Anstrengungen und Ressourcen zu setzen, die parallel zur Neukalibrierung des Engagements der Golfstaaten am Horn von Afrika laufen.

Kurz gesagt, der springende Punkt ist, dass das westliche Verständnis von Stabilität und nachhaltiger Entwicklung im Sudan durch das Prisma der neokonservativen Ideologie, die die Biden-Administration durchdringt, den Kern der Verschärfung der schleppenden innenpolitischen Krise im Sudan bildet, die sich seit 2019 zwischen der Armee unter der Führung des De-facto-Führers Abdel Fattah al-Burhan und den bewaffneten Formationen unter der Führung von Mohammed Hamdan Dagalo zusammenbraut.

Die unausgeregten, unrealistischen politischen Lösungen, die von den westlichen liberalen Demokratien gefördert wurden, leisteten den Kämpfen der Militärs erheblichen Vorschub. Die anglo-amerikanischen Verhandlungen beschränkten sich weitgehend auf den Militärischen Übergangsrat und die Kräfte für Freiheit und Wandel, eine unausgeregte Koalition aus handverlesenen zivilen und rebellischen sudanesischen Gruppen (z.B. Sudanese Professional Association, No to Oppression Against Women Initiative usw.), die keineswegs die nationalen Kräfte im Sudan repräsentierten. Es überrascht nicht, dass diese Versuche der Neokonservativen, einer uralten Zivilisation exotische Siedlungen aufzuzwingen, zum Scheitern verurteilt waren.

Die von den westlichen Medien verbreitete Darstellung der gegenwärtigen Krise im Sudan – die sich als Konflikt innerhalb des militärischen Establishments manifestiert – ist eine groteske Vereinfachung und ein Versuch der Vertuschung. Diese Krise lässt sich nicht auf einen persönlichen Streit zwischen den beiden Generälen Burhan und Hemedti reduzieren, die seit langem befreundet waren.

Die Krise kann nur durch eine „Sicherheitslösung“ gelöst werden, d.h. durch einen Integrationsprozess, der die Schnellen Eingreiftruppen in geeigneter Weise als politischen Partner in die Regierungsführung einbezieht und nicht nur als militärische Kraft, die der Armee angegliedert ist.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Sudan ein riesiges Land mit großer ethnischer und regionaler Vielfalt ist, das von etwa 400-500 Stämmen bewohnt wird. Die Stabilität des Landes hängt entscheidend von einem optimalen Modell der Interaktion zwischen den Eliten und Clans ab.

Was die Spezialkräfte in dem aktuellen Konflikt antreibt, ist im Grunde die Erwartung, ihre Bedeutung im innenpolitischen Prozess des Landes zu erhöhen. Es muss klar sein, dass es bei den derzeitigen Auseinandersetzungen nicht um den Zugang zu irgendwelchen militärischen Ressourcen geht, sondern um die Kontrolle über die Wirtschaft und die Verteilung der Macht.

In der Zwischenzeit hat die unbeholfene und ungeschickte Vorgehensweise des UN-Beauftragten [Volker Perthes](#) bei der Bildung der neuen Regierung erheblich zur gegenwärtigen Krise beigetragen. Perthes, ein deutscher Think Tanker des Establishments, der von der neokonservativen Ideologie befeuert wurde, war der falsche Mann für eine so heikle Mission.

Dies ist ein weiteres erbauliches Beispiel für das Erbe von UN-Generalsekretär Guterres, der westliche Abgesandte in Krisengebieten bevorzugt, in denen die geopolitischen Interessen des Westens auf dem Spiel stehen. Das UN-Treffen am 15. März hat gezeigt, dass der übereifrige Perthes sich von der Realität entfernt hat, indem er die Machtübergabe von der Militärverwaltung an die Zivilverwaltung überstürzt hat, anstatt sich auf die Unterstützung bei der Regierungsbildung und die Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu konzentrieren, was leider zu einer Verschärfung der Konfrontation zwischen den Kriegsparteien geführt hat.

Das Gute daran ist, dass es in diesem Konflikt noch keine Anzeichen für eine Radikalisierung aus religiösen Gründen gibt. Auch gibt es kein Machtvakuum, das von einer terroristischen Gruppe ausgenutzt werden könnte. Gleichzeitig ist die Vermittlung durch externe Mächte erforderlich.

Die Länder der Region können zur Lösung des Konflikts beitragen. Eine umfassende Beilegung des Konflikts wird möglicherweise nicht so bald möglich sein, da die internen Widersprüche, die sich im Laufe der Zeit aufgestaut haben, Kompromisse erfordern, und dazu sind die Parteien zumindest bisher nicht bereit.

In dem gegenwärtigen Klima der Konfliktlösung, das die Regionalpolitik in der westasiatischen Region und insbesondere am Golf prägt, gibt es keine objektiven Voraussetzungen dafür, dass der Konflikt auf die regionale Ebene übergeht. Die wichtigsten Länder, die mit den Kriegsparteien verbunden sind, haben Initiativen zur Friedenssicherung ergriffen: die VAE, Saudi-Arabien und Ägypten.

Darüber hinaus werden andere externe Partner, insbesondere Russland und China, Anstrengungen unternehmen, um einen länger andauernden offenen Konflikt zu verhindern. Übrigens hat der Sudan eine Auslandsverschuldung von weniger als 60 Mrd. Dollar, und der größte Teil davon entfällt auf

China – und Russland wiederum ist in einer guten Position, um eine Annäherung zwischen al-Burhan und Dagalo zu fördern.

Russland nimmt eine ausgewogene Position ein. Während seines Besuchs im Sudan im Februar traf Außenminister Sergej Lawrow mit den Führern der beiden gegnerischen Seiten zusammen. Russland hat ein Interesse an der Stabilität des Sudan.

Das russische Außenministerium äußerte sich in einer [Erklärung](#): „Die dramatischen Ereignisse im Sudan lösen in Moskau große Besorgnis aus. Wir rufen die Konfliktparteien auf, politischen Willen und Zurückhaltung zu zeigen und dringend Schritte in Richtung eines Waffenstillstands zu unternehmen. Wir gehen davon aus, dass alle Differenzen durch Verhandlungen beigelegt werden können.“

Die [anglo-amerikanische Agenda](#) bleibt jedoch zweifelhaft. Sie konzentrieren sich darauf, die Krise zu internationalisieren, Rivalitäten zwischen Großmächten in die sudanesischen Situation einzubringen und willkürlich Vorwände für eine westliche Intervention zu schaffen. Doch jeder Versuch, die Glut des Arabischen Frühlings neu zu entfachen, wird enorme Auswirkungen auf die regionale Sicherheit und Stabilität haben. Die Golfstaaten und Ägypten werden besonders wachsam sein müssen.

Der Sudan dürfte bei dem [Telefongespräch](#) zwischen dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am Freitag eine Rolle gespielt haben.